

V4 Abschiebehaft abschaffen – rassistischer Willkür entgegenzutreten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

1833 Bis zu 18 Monate Haft, ohne eine Straftat begangen zu haben. Das ist die
1834 Realität vieler Geflüchteter, die in Abschiebehaft sitzen.

Was ist Abschiebehaft eigentlich?

1836 Abschiebehaft bedeutet, dass die Ausländerbehörden oder die Bundespolizei
1837 geflüchteten Menschen vor der Abschiebung die Freiheit entziehen. Die Haft ist
1838 geregelt in §62 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach können Geflüchtete in
1839 Schutzhaft genommen werden, wenn sie sich der Abschiebung entziehen wollen. Ob
1840 das tatsächlich geplant ist oder passiert, ist hierbei egal, es reicht ein nicht
1841 weiter geregelter und sehr unkonkreter „begründeter Verdacht“.

1842 Und hier wird es paradox. Denn Abschiebungen werden grundsätzlich nicht
1843 angekündigt. Wenn man also mal zufälligerweise nicht da ist, weil man z.B.
1844 einkaufen geht, der Staat aber genau dann die Abschiebung durchführen wollte,
1845 gilt das als Entziehung von der Abschiebung und man kann hinter Gitter kommen.
1846 Geflüchtete wissen also nicht, wann sie abgeschoben werden sollen. Wenn sie aber
1847 währenddessen ihrem normalen Lebensablauf nachgehen und nicht zuhause sind,
1848 können sie dafür bestraft werden.

1849 Daneben können Menschen auch inhaftiert werden, wenn der Staat sie abschieben
1850 will, die Abschiebung aber noch nicht sofort vollzogen werden kann, etwa weil
1851 Personal oder Flugzeuge fehlen. Und das bis zu 1.5 Jahre.

1852 Es handelt sich bei der Abschiebehaft also nicht um eine Strafe, sondern um eine
1853 Maßnahme, dem Staat die Abschiebung eben jener Menschen zu erleichtern.

1854 Es ist jedoch vollkommen unverhältnismäßig, Menschen zu inhaftieren und ihnen
1855 für eine bestimmte Zeit die Freiheit zu entziehen, nur um dem Staat einen
1856 Verwaltungsakt zu erleichtern.

1857 Und doch soll diese rassistische Praxis, Ausländer*innen zu inhaftieren, um sie
1858 aus Deutschland auszuweisen, ausgeweitet werden.

1859 **Welche Probleme gibt es?**

1860 Die medizinische und psychologische Versorgung ist in den Abschiebehaftanstalten
1861 oft mangelhaft. Ärztliche Untersuchungen finden, wenn sie denn stattfinden,
1862 meist ohne professionelle Dolmetscher*innen statt. Darüber hinaus ist auch
1863 fachgerechte psychologische Betreuung Mangelware, gerade Psycholog*innen, die
1864 sich auf fluchtbedingte Traumatisierungen spezialisiert haben, gibt es in den
1865 Abschiebegefängnissen so gut wie nie.

1866 Dazu kommt, dass viele Geflüchtete in Abschiebehaft, gerade wenn sie für eine
1867 längere Zeit da sind, unter Angst und Depressionen leiden.

1868 Es ist klar, dass die Abschiebehaft das Leben der betroffenen Personen massiv
1869 einschränkt und ihr Ankommen in Deutschland gefährdet.

1870 **Rechtswidrige Willkür**

1871 Dazu kommt, dass ein Großteil der inhaftierten Menschen zu Unrecht in Haft
1872 sitzt. Allein in der JVA Büren bei Paderborn waren nach Berechnungen des Vereins
1873 „Hilfe für Menschen in der Abschiebehaft Büren e.V.“ im Zeitraum zwischen 2015
1874 und 2017 60% der Einlieferungen gerichtlich bestätigt rechtswidrig. Knapp zwei
1875 Drittel der Menschen in der nordrheinwestfälischen Abschiebehaft saßen also zu
1876 Unrecht dort. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

1877 Eine so hohe Fehlerquote gibt es in keinem anderen Rechtsgebiet und würde
1878 überall sonst auch für Aufruhr sorgen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die
1879 Einhaltung rechtsstaatlicher Standards auch bei Asylverfahren und der Anordnung
1880 von Abschiebehaft und ein Ende der staatlichen Willkür Geflüchteten gegenüber!

1881 **Abschiebehaft in NRW**

1882 In NRW wurde im Dezember 2018 für eine Ausweitung und Verschärfung der
1883 Abschiebehaft gestimmt. Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wurde etwa
1884 beschlossen, dass die JVA Büren, das bundesweit größte Abschiebegefängnis,
1885 erweitert wird und mehr Personal erhalten soll.

1886 Außerdem wurde eine neue menschenrechtsverletzende Hausordnung beschlossen.
1887 Menschen, die in Büren inhaftiert sind, dürfen kein Bargeld mehr bei sich führen
1888 oder Handys mit Kamerafunktion besitzen. Auch dürfen Menschen bis zu 16 Stunden
1889 am Tag in ihrer Zelle eingesperrt und in Isolationshaft gesperrt werden - ohne
1890 je eine Straftat begangen zu haben.

1891 Wer darüber hinaus als „gefährliche Person“ eingestuft wird, soll schon
1892 präventiv sanktioniert werden, z.B. durch den Entzug von Internetzugängen, oft

1893 die einzige Möglichkeit, mit Familie und Freund*innen in Kontakt zu bleiben.

1894 Wer eine solche „gefährliche Person“ sein soll bleibt jedoch unklar, denn
1895 Menschen die Straftaten begangen haben (sollen) und infolgedessen abgeschoben
1896 werden, finden sich nicht in der Abschiebehaft wieder, sondern werden direkt aus
1897 der Strafhaft heraus abgeschoben. Damit öffnet diese Regelung Tür und Tor für
1898 weitere Willkürmaßnahmen gegen Geflüchtete.

1899 Diese Verschärfungen in NRW stellen eine krasse Einschränkung für die Freiheit
1900 von Geflüchteten dar und werden von uns als solche abgelehnt.

1901 **Seehofers Pläne**

1902 Und auch Seehofers Bundesinnenministerium macht mit, wenn es um die Beschneidung
1903 von Grund- und Freiheitsrechten für Geflüchtete geht.

1904 So heißt es etwa in einem Ideenpapier des Ministeriums, man könne die
1905 „Verzichtbarkeit des Richtervorbehalts“ für Geflüchtete in Abschiebehaft prüfen.
1906 Auch sollen Geflüchtete zukünftig in normalen Gefängnissen neben verurteilten
1907 Straftäter*innen einsitzen. Diese Ideen Seehofers sind nichts weniger als
1908 menschenrechts- und verfassungswidrig!

1909 Außerdem sollen Menschen zukünftig auch in Abschiebehaft genommen werden können,
1910 wenn sie aus Sicht der Behörden nicht gut genug an der Beschaffung von Pässen
1911 und Papieren mitwirken. Für eben diese Menschen soll zudem ein neuer Status,
1912 noch unterhalb der Duldung eingeführt werden.

1913 Dass das völlig an der Realität vorbeigeht und nur dazu dient, Geflüchtete
1914 weiter zu schikanieren und zu entrechten, ist einleuchtend.

1915 Es gibt viele Gründe, doch dafür Menschen die Integration in die
1916 Mehrheitsgesellschaft zu verweigern und sie noch viel mehr mit Haft zu bestrafen
1917 ist unmenschlich!

1918 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass die rassistische und willkürliche Praxis der
1919 Abschiebehaft abgeschafft wird. Denn hier werden Menschen nur eingesperrt, weil
1920 sie Ausländer*innen sind und der Staat sich ihre Abschiebung erleichtern möchte.
1921 Menschen dafür ihre Freiheit zu entziehen, lehnen wir als vollkommen
1922 unverhältnismäßig ab. Auch stehen wir dafür, dass die JVA Büren, das bundesweit
1923 größte Abschiebegefängnis, ersatzlos geschlossen wird.

1924 Stattdessen müssen wir gerade in Zeiten des Rechtsrucks für die universellen
1925 Menschenrechte – gerade auch von Geflüchteten – eintreten und bekräftigen unsere
1926 Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle.

Begründung

erfolgt mündlich